



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 163. Ratssitzung vom 26. November 2025

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/275 und 2025/519

5444. 2025/275

Weisung vom 02.07.2025:

Sozialdepartement, Verein Caritas Zürich, Angebote «KulturLegi» und «Zürich unbezahlbar», Beiträge 2026–2029

Antrag des Stadtrats

1. Für das Angebot «KulturLegi» und «Zürich unbezahlbar» wird dem Verein Caritas Zürich für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 142 100.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 142 100.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/275 und 2025/519

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Selina Walgis (Grüne): Die KulturLegi ist ein etabliertes Instrument, das Menschen mit einem kleinen Einkommen und Vermögen den Zugang zu Sport, Bildung, Kultur und Gesundheitsangeboten zu vergünstigten Preisen ermöglicht. Sie ist ein persönlicher Ausweis für Erwachsene und Kinder ab fünf Jahren. Gegen Vorweisen der KulturLegi bekommen die Besitzer*innen der Karte in der Regel einen Rabatt von 30 bis 50 Prozent. Bezugsberechtigt sind Personen, die am oder unter dem Existenzminimum leben. Der bisherige Beitrag von 99 400 Franken wird um 42 700 Franken auf 142 100 Franken im Jahr erhöht. Die Erhöhung beruht auf einer stetig gestiegenen Nachfrage nach KulturLegis. Aufgrund steigender Lebenshaltungskosten wie Nahrungsmittel, Miete und Krankenkassenprämien ist von einer weiteren Zunahme auszugehen. Die Sollzahlen werden darum von 15 000 Franken um 8300 Franken auf 23 300 Franken erhöht und neu in Neuausstellungen und Erneuerungen unterteilt. Der Beitrag soll jährlich der Teuerung angepasst werden. Die Kommissionmehrheit bestehend aus SP, AL, Grüne, GLP, Die Mitte/EVP und FDP begrüsst die Erhöhung des jährlichen Beitrags auf 142 100 Franken. Die KulturLegi und «Zürich unbezahlbar» leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialen und kulturellen Teilhabe in unserer Stadt. Ein Anliegen, das in Zeiten wachsender Ungleichheit an Bedeutung gewinnt. Wir danken der Caritas für ihre wichtige Arbeit.



Kommissionsminderheit:

Michele Romagnolo (SVP): *Wir beantragen, die Erhöhung des jährlichen Beitrags an Caritas Zürich abzulehnen. Der Verein Caritas Zürich beschäftigt heute rund 80 Mitarbeiter und 650 Freiwillige. Die KulturLegi ist ein privates Angebot, das sich weitgehend auf freiwillige Arbeit und Drittmittel stützt. Deshalb sehen wir in diesem Fall eine finanzielle Unterstützung der Stadt nicht als notwendig. Für eine Erhöhung um 42 700 Franken fehlen nachvollziehbare Angebote, wie etwa Kostenstruktur, Effizienz der bisherigen Mittel und die Wirkung zusätzlicher Gelder. Eine solche Erhöhung ohne belastbare Grundlage ist nicht verantwortbar. Wir stellen fest, dass der Verein Caritas wiederholt zusätzliche Beiträge verlangte, ohne dass eine nachhaltige interne Optimierung oder mehr Fundraising sichtbar wäre. Die Stadt darf nicht zur dauerhaften Lückenbüsserin privater Strukturen werden. Die KulturLegi ist keine staatliche Kernaufgabe. Schon heute bietet die Stadt einkommensschwachen Personen viel Unterstützung an. Neue freiwillige Ausgaben müssen in einer Zeit steigender Belastung besonders gut durchdacht sein. Eine Automatisierung des Teuerungsausgleichs ohne jährliche Leistungsüberprüfung ist zudem problematisch und führt zu einer unkontrollierten Ausweitung von Subventionen. Wir sind für Unterstützung, aber nicht für jährlich steigende Subventionen.*

Selina Walgis (Grüne) begründet das Postulat GR Nr. 2025/519 (vergleiche Beschluss-Nr. 5358/2025): *Der Stadtrat wird mit unserem Vorstoss aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt Zürich die Kosten für die Ausstellung der KulturLegi für Bevölkerungsgruppen in prekären finanziellen Situationen übernehmen kann. Zwar ist die Karte im ersten Jahr kostenlos, was wir sehr begrüßen. Im zweiten Jahr kostet der Antrag jedoch 20 Franken für Einzelpersonen und 30 Franken für Paare. Das scheint nicht viel Geld zu sein, kann für Menschen mit knappem Budget aber eine Hürde darstellen und bspw. für Personen mit Nothilfe zu viel sein. Uns ist wichtig, dass für diese Personengruppen eine Lösung gefunden wird. Uns geht es nicht darum, dass die KulturLegi nichts mehr kostet. Sie soll für jene kostenlos sein, für die 20 Franken eine reale Hürde darstellen.*

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag: *Grund für den klaren Ablehnungsantrag der SVP zum Postulat GR Nr. 2025/519 ist, dass es sich nicht um einen seriösen politischen Vorstoss handelt. Stattdessen geht es um die Verdoppelung eines bestehenden Prüfauftrags und darum, Steuergelder zu beanspruchen. Der Verein Caritas Zürich erhält bereits substanzielle Mittel. Diese so zu erhöhen, wäre verantwortungslos und weder wirtschaftlich noch sozial sinnvoll. Der Inhalt des Postulats ist mit der Weisung GR Nr. 2025/275 schon komplett abgedeckt. Der Stadtrat hat sich bereits des Themas angenommen, besonders der Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen. Diese politische Doppelspurigkeit belastet den Rat nur und führt zu bürokratischem Mehraufwand. Dabei heisst es immer, dass die SVP unnötige Vorstösse einbringe. In der Weisung steht unter Abschnitt 4.1, dass die Gebühr von 20 Franken ab dem zweiten Jahr erhoben wird. Darum wurde die Erhöhung von 42 700 Franken verlangt. In dem Fall könnten wir die Eintrittsgebühr gleich erlassen. Die Stadt Zürich hat schon eine Vielfalt an Organisationen, die kulturelle Teilhabe für finanziell Benachteiligte*



ermöglichen. Anstatt diese Vielzahl zu nutzen oder effizient zu prüfen, will der Vorstoss einen Verein ohne Kriterien bevorzugen. Das ist weder fair noch sachlich und untergräbt jede Glaubwürdigkeit. Es kann nicht sein, dass die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse solche Forderungen gutheissen. Gleich zwei Forderungen in ein Gremium einzubringen, um mit Steuergeldern ideologische Vorstellungen durchzusetzen, nenne ich Tyrannei und Majoritätsdiktatur. Wer Steuergelder ausgibt, trägt Verantwortung. Das Postulat entspricht aber dem Gegenteil: Redundanz, Klientelpolitik und fehlende Disziplin.

Weitere Wortmeldungen:

Fanny de Weck (SP): *Die KulturLegi ist eine super Sache. Ich hoffe, dass das fast alle so sehen. Wir von der SP stimmen dem klar zu. Zum Begleitpostulat GR Nr. 2025/519: Ja, Michele Romagnolo (SVP), die Mehrheit bestimmt. Bei Mehrheitsentscheiden redet ihr normalerweise vom Volk, nur in städtischen Angelegenheiten nicht. Aber wenn man nicht gleicher Meinung ist, empfindest du das als Tyrannei. Das Begleitpostulat sieht vor, die Kosten im zweiten Jahr für Personen in besonders prekären Situationen zu übernehmen. Wie Selina Walgis (Grüne) gesagt hat, geht es nicht um eine flächendeckende Kostenübernahme. Der Stadtrat soll prüfen, in welchen Fällen es für Personen einen Unterschied macht und wie das aussehen könnte. Dabei geht es um eine präzise Hilfe zur Teilnahme an Kultur und Gesellschaft, was allen in dieser Stadt offenstehen sollte. Auch wenn wir damit nur für wenige etwas verbessern können, wollen wir das tun. Der Mehrwert ist angesichts der übersichtlichen Kosten evident. Wenn ihr die KulturLegi unterstützt und der Meinung seid, dass sie allen zustehen sollte, stimmt ihr zu.*

Ronny Siev (GLP): *Für jene, die jeden Franken zweimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben, ist es nicht so einfach. Zuerst brauchen sie Geld für das Nötigste und können darum nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Damit diese Leute auch mal einem Sport- oder Kulturevent oder an Bildungs- und Gesundheitsangeboten teilnehmen können, gibt es die KulturLegi. So gehören auch sie zur Gesellschaft der Stadt Zürich. Selbstverständlich ist das Angebot sehr beliebt, weshalb immer mehr Leute davon profitieren wollen. Dabei profitieren übrigens auch die Anbieter: Gewisse Organisationen wie Kulturinstitutionen oder Fussballklubs werden dadurch ausgelastet. Die GLP unterstützt die Weisung sowie das Postulat, da auch in der Stadt Zürich Menschen in äusserst prekären Situationen leben, für die 20 Franken schwierig aufzubringen sind.*

Roger Föhn (EVP): *Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt die Weisung des Vereins Caritas und das Angebot der KulturLegi selbstverständlich gerne. Wir sind der Meinung, dass es eine super Sache ist, wenn auch Menschen, denen es nicht so gut geht, an Angeboten aus Kultur und Sport teilnehmen können. Das Begleitpostulat unterstützen wir aber nicht. Wir sprechen von 5,5 Rappen am Tag. Was nichts kostet, ist nichts wert.*

Samuel Balsiger (SVP): *Dass es sich um eine absurde Debatte handelt, liegt am Inhalt dieses linken Postulats. Weil sich jemand 20 Franken nicht leisten kann, soll der Staat in die Bresche springen. Ich glaube nicht, dass eine Vergünstigung von 50 Prozent durch die KulturLegi jemandem das Stadttheater Olten oder einen Besuch im Technorama*



schmackhaft macht. Wenn sich jemand 20 Franken nicht leisten kann, kauft er sich auch keine Tickets für eine um die Hälfte reduzierte Schifffahrt. Das hat nichts mit Realpolitik zu tun. Ihnen geht es um Symbolpolitik und die Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen, damit sie im Wahlkampf behaupten können, sich für die Armen einzusetzen.

Moritz Bögli (AL): *Ich finde es immer faszinierend, welche Fantasie der Fraktionspräsident der SVP aufbringt. Bei jedem Vorstoss schafft er es, das Thema auf Ausländer zurückzuführen. Wenn es aber darum geht, sich in Menschen ohne Geld einzufühlen, enden die Vorstellungsmöglichkeiten. Selbst diese 20 Franken können für Menschen eine Hürde darstellen, die KulturLegi zu erneuern. Im Übrigen sind gewisse Dinge damit sogar kostenlos. Schlussendlich ist es wichtig, grundsätzlich ein Zeichen zu setzen, dass die KulturLegi breit abgestützt ist. Sich geschlossen dazu zu bekennen, Menschen in prekären finanziellen Situationen die gesellschaftliche Teilhabe zu vereinfachen, ist gut. Das Postulat soll auch prüfen, ob man damit etwas erreicht oder noch mehr tun muss.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Referat: Selina Walgis (Grüne); Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Roger Föhn (EVP), Julia Hofstetter (Grüne), Hannah Locher (SP), Ronny Siev (GLP), Marcel Tobler (SP), Marita Verballi (FDP)
Minderheit:	Referat: Michele Romagnolo (SVP)
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP), Fanny de Weck (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für das Angebot «KulturLegi» und «Zürich unbezahlbar» wird dem Verein Caritas Zürich für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 142 100.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 142 100.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 3. Dezember 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 2. Februar 2026)



5 / 5

5445. 2025/519

**Postulat von Selina Walgis (Grüne), Fanny de Weck (SP) und Moritz Bögli (AL)
vom 05.11.2025:**

**Übernahme der Kosten für die Ausstellung der Kulturlegi für Bevölkerungs-
gruppen in besonders prekären finanziellen Situationen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/275, Beschluss-Nr. 5444/2025

Selina Walgis (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5358/2025).

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 76 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat